

Wien, November 2010

Sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung!
Sehr geehrte Nationalratsabgeordnete!

Die österreichischen Universitäten und deren Angehörigen stehen vor einer aussichtslosen Situation.

Die medial kommunizierte „Erhöhung“ des Hochschulbudgets in der Höhe von 80 Mio. € bedeutet real eine Verringerung. Diese ist angesichts der bestehenden Unterfinanzierung der Universitäten absolut untragbar. Nach Umsetzung der vorgesehenen Einsparungen im tertiären Bildungssektor wird es in Österreich keine „Universitäten“ mehr geben. Übrig bleiben werden zweitklassige Ausbildungsstätten - jenseits der internationalen Konkurrenzfähigkeit in Wissenschaft, Forschung und Lehre.

Dies wird zu einer nachhaltigen Schädigung des Wirtschaftsstandorts und zu einer intellektuellen Verarmung Österreichs führen. Die langfristigen finanziellen Ausfälle durch Auftragsverluste werden die kurzfristigen Einsparungen bei weitem übertreffen.

Maßnahmen, welche die ohnehin bedenklich niedrige AkademikerInnenquote weiter absinken lassen und den Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung erschweren, sind nicht zukunftsfähig.

Talentierte NachwuchsforscherInnen können keinerlei Perspektiven geboten werden. Die Abwanderung in andere Wirtschaftsbereiche bzw. ins Ausland wird nicht zu verhindern sein.

Gekürzte, bzw. gestrichene Förderungsprogramme in allen Ministerien machen es Universitäten unmöglich, das Niveau in Forschung und Lehre zu halten. Ein Ausweichen auf internationale Geldtöpfe wird durch mangelnde Basisausstattung konterkariert.

Die Forderung nach mehr Drittmiteleinwerbung ist für die Universität für Bodenkultur mit einem Drittmittelanteil von ca. 35% - gemessen am Globalbudget - nicht umsetzbar, da weder öffentliche noch private FördergeberInnen in Sparzeiten diese Töpfe ausweiten. In anderen europäischen Ländern (z.B. Deutschland) werden die Forschungsausgaben in Zeiten der Wirtschaftskrise aufgestockt - diesen zukunftssträchtigen Schritt wünschen wir uns auch für Österreich.

Die Personalknappheit im Bereich des wissenschaftlichen und allgemeinen Personals wird durch den drohenden Stellenabbau weiter verstärkt. Die daraus resultierende Arbeitsbelastung ist nicht zumutbar.

Die am 19. Oktober 2010 abgehaltenen Universitätsvollversammlungen sind ein Zeichen des Schulterchlusses aller Universitätsangehörigen. Die Artikulation der voraussichtlichen finanziellen Notlage der Universität für Bodenkultur wurde bei der Erstellung des vorliegenden Budgetvorschlags nicht bedacht.

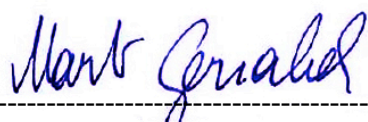
Es geht um die Liquidität und den Fortbestand der BOKU und vieler anderer Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Dies steht in direktem Zusammenhang mit tausenden Arbeitsplätzen und der Innovationskraft Österreichs.

Wir treten gemeinsam gegen den Budgetkahlschlag auf und fordern daher:

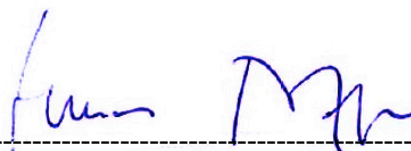
- sofortige adäquate Finanzierung der Bildungs- und Forschungseinrichtungen
- Gesetzliche Verankerung des 2%-BIP-Zieles aus öffentlichen Geldern bis Ende 2015
- Rücknahme der Streichung öffentlicher Forschungsförderungen
- Verbesserung der Betreuungsrelationen durch Finanzierung von zusätzlichem Personal
- Rücknahme der geplanten Streichung der Familienbeihilfe ab 24 Jahren
- Ausbau des Stipendiensystems zur Minderungen sozialer Selektion bei tertiärer Bildung

Wir fordern die Bundesregierung und das österreichische Parlament auf die Universitäten durch entsprechende Korrekturmaßnahmen am vorliegenden Budget vor dem drohenden Bankrott zu bewahren und die Weichen für eine zukunftsorientierte Entwicklung der österreichischen Universitätslandschaft zu stellen.

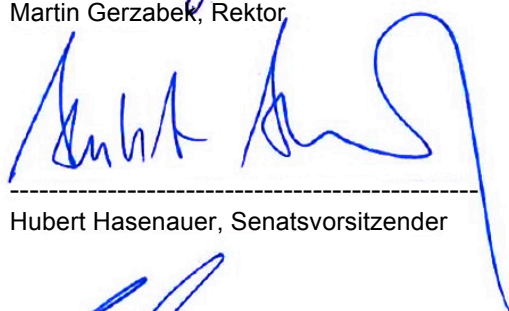
Angehörige/r der BOKU (Name und Unterschrift)



Martin Gerzabek, Rektor



Werner Biffel, Universitätsratsvorsitzender



Hubert Hasenauer, Senatsvorsitzender



Peter Cepuder, BR wissenschaftl. Personal



Eva Baldrian, BR allg. Personal



Christoph Kutzer, ÖH BOKU Vorsitzender